

Die Befunde klingen dramatisch. Nach einer Aufstellung der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, gefährden die hohen Steuersätze für Unternehmen in Deutschland Wirtschaftswachstum und letztlich auch den Wohlstand. So beträgt der durchschnittliche Unternehmenssteuersatz in Deutschland 29,94 Prozent, womit die Bundesrepublik zusammen mit Japan (29,74 Prozent) einen Spitzenplatz in der OECD belegt. Der Durchschnittssteuersatz unter den 38 OECD-Mitgliedstaaten beträgt 23,6 Prozent, der Wert für die EU-Länder liegt mit 21,13 Prozent noch niedriger. Frankreich etwa hat einen Durchschnittssteuersatz von 25,83 Prozent, in den USA sind es 25,77 Prozent. Höchste Zeit, meint die Unionsfraktion, durch Senkung der Steuern für Unternehmen wieder neuen Schwung in die Wirtschaft zu bringen.

In einem Antrag (20/11954), der am Freitag vom Bundestag an den Finanzausschuss überwiesen wurde, fordert die Union daher, ab 2025 unter anderem schrittweise die Steuerbelastung für thesaurierte Gewinne auf 25 Prozent abzusenken. Der Solidaritätszuschlag soll vollständig abgeschafft werden. Außerdem will die Union eine temporäre, stark degressive „Turboabschreibung“. Davon verspricht man sich „signifikante Investitionsanreize über die bestehenden Abschreibungsmöglichkeiten hinaus“. Verbesserungen soll es auch bei Verlustrückträgen und -vorträgen geben.

Weniger Bürokratie Für einen Abbau der Bürokratie im Steuerrecht soll unter anderem die Zuständigkeit für die Gründung, für Betriebsmeldungen und Betriebsaufgaben bei einer Behörde gebündelt werden. Damit sollen Hürden besonders für Start-ups abgebaut werden. Außerdem spricht sich die Unionsfraktion für eine EU-weite Harmonisierung des Quellensteuerverfahrens und für eine Reform der Grunderwerbsteuer aus. Das Besteuerungsverfahren soll digitalisiert und die Finanzverwaltung mit moderner KI-Technologie ausgestattet werden.

Zur Begründung ihres Antrags schreibt die Unionsfraktion, der Wirtschaftsstandort Deutschland habe in den vergangenen zehn Jahren substantiell an Attraktivität verloren. Daher müsse das Steuersystem einfacher, transparenter und gerechter werden. Auch bei der Höhe der Steuerlast sei Deutschland im internationalen Vergleich längst abgehängt worden. Wettbewerbsfähige Steuern für Unternehmen ermöglichen höhere Löhne, mehr Beschäftigung und stärkeres Wachstum. Zustimmung erfährt die Union von der Wirtschaft: „Der Standort Deutschland hat einen der höchsten Steuersätze weltweit. Kurzfristige Entlastungen sind dringend notwendig“, heißt es etwa vom Institut der deutschen Wirtschaft, das wie die Union auf eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags drängt, der rund 13 Milliarden Euro pro Jahr in die Staatskasse spült. Die Hälfte davon kommt von Unternehmen, der Rest muss von Besserverdienenden und Kapitalanlegern bezahlt werden. Das Institut der deutschen Wirtschaft weist außerdem darauf hin, dass die marode In-

Neuer Schwung

STEUERN Die Union verlangt Steuersenkungen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die Koalition vermisst die Gegenfinanzierung und verweist auf eigene Vorhaben.



Innovative Start-ups - hier eine Entwicklung für Fassadendämmung - sollen besser gefördert werden. © picture-alliance/dpa/Marijan Murat

frastruktur Deutschlands zunehmend ein Geschäftsrisiko sei. Das gelte nicht nur für Straßen und Brücken, sondern auch für Energienetze und die digitale Infrastruktur. Modernisierung und Ausbau müssen deutlich schneller vorangehen. Das kostet Geld, das nicht da ist, zumal der Bund gegenüber dem Jahr 2019 in diesem Jahr mit 37 Milliarden Euro rund 25 Milliarden Euro mehr Zinsen für die aufgenommenen Kredite bezahlen muss. Dass die Mischung aus höheren Ausgaben, geringeren Einnahmen und zudem einer die Kreditaufnahmen begrenzenden Schuldenbremse ein Problem ist, wurde auch am Freitag in einer Debatte des Bundestages über den Unionsantrag deutlich.

Fritz Güntzler (CDU) erklärte, bei Steuereinnahmen von über einer Billion Euro seien Spielräume für Senkungen vorhanden. Im dritten Jahr der Ampelkoalition stecke Deutschland in einer tiefen Krise. Die Zahl der Firmenzusammenbrüche liege auf einem Höchststand, die Industrieproduktion sei rückläufig: „Das können wir uns schlicht nicht leisten.“ Nur eine florierende Wirtschaft schaffe Spielräume zum Verteilen. Parsa Marvi (SPD) nannte die Forderungen der Union nicht zukunftsgerichtet. Sie setzten auf das Prinzip Gießkanne und Hoffnung. Eine Gegenfinanzierung gebe es nicht. Katharina Beck (Grüne) sagte, die Koalition mache schon die ganze Zeit Poli-

tik für den Wirtschaftsstandort Deutschland, etwa durch das Fachkräftewanderungsgesetz. Und die Koalition habe allein in diesem Jahr Steuern für Menschen und Unternehmen in einem Umfang von 45 Milliarden Euro gesenkt. Klaus Stöber (AfD) erinnerte an Betriebsverlagerungen von Miele, Bosch und BASF. Die Steuersätze und Energiepreise seien zu hoch, das Internet sei zu schlecht. Hinzu komme der Fachkräftemangel. Markus Herbrand (FDP) nannte die Forderungen der Union ein „Schuldeingeständnis der Antragsteller“. Von Steuerreformen sei zu Regierungszeiten der Union keine Rede gewesen. Die Union habe auf Konsum gesetzt. Hans-Jürgen Leersch

Kritik am »Päckchen«

AGRAR Ampel legt Vorschläge zur Entlastung der Landwirtschaft vor

Pünktlich zum Bauerntag 2024 hat die Bundesregierung ein lange versprochenes Agrarpaket (20/11946, 20/11947 und 20/11948) vorgelegt, doch weder auf dem Jahrestreffen der Landwirte noch in zwei Debatten, die in dieser Woche im Bundestag zur Landwirtschaftspolitik stattfanden, haben die Vorschläge überzeugt.

Wesentliche Teile des Pakets betreffen die Reform des Agrarorganisations- und Lieferketten-Gesetzes (AgrarOLG), mit der die Stellung der Landwirte in der Wertschöpfungskette verbessert werden soll – unter anderem ist ein Verbot von Retouren vorgesehen. Ein weiterer Punkt betrifft den Bürokratieabbau: Durch Erleichterungen im GAP-Konditionalitätengesetz wird auf die Pflicht zur Stilllegung von vier Prozent der Ackerfläche ab 2025 verzichtet. Eine wichtige Maßnahme ist auch die steuerliche Gewinnglättung für die Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft. Damit sollen Gewinnschwankungen aufgrund von Wetterbedingungen abgefedert werden. Die Tarifglättung ist rückwirkend ab 2023 vorgesehen und soll für drei Jahre gelten. Zudem soll es eine zusätzliche Prämie für die Weidetierhaltung geben.

Kritik an dem Paket, das der Bauernverband ein „Päckchen“ nennt, kommt auch von der CDU/CSU sowie von der AfD-Fraktion. Die Union hat einen eigenen Antrag (20/11951) eingebracht und vor allem finanzielle Entlastungen für landwirtschaftliche Betriebe und steuerliche Belastungen gefordert.

Zudem sollten die von der EU ermöglichten Erleichterungen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eins zu eins umgesetzt werden. Die AfD-Forderungen (20/11958) sehen vor, die Abschaffung der Agrardieselrückstattung zurückzunehmen, und die Düng- und Pflanzenschutz-



Minister Cem Özdemir beim Bauerntag.

verordnungen sowie der Nutztierhaltungsverordnungen komplett zu überarbeiten. Steffen Bilger (CDU) kritisierte das von der Ampel vorgelegte Paket, sprach von „einem winzigen Pflaster auf eine viel zu große Wunde“. Durch die Streichung des Agrardiesels werde den Bauern jedes Jahr eine halbe Milliarde Euro genommen, dem stünden lediglich 50 Millionen Euro an Kompensation gegenüber, die durch die Tarifglättung reinkomme. Frank Rinck (AfD) übte scharfe Kritik an den Vorschlägen der Ampel und am Unionsantrag. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden dazu beitragen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirte immer weiter abnehme. Er forderte, „die Landwirte endlich wieder nach guter fachlicher Praxis wirtschaften zu lassen“. Renate Künast (Grüne) sprach davon, dass

die Ampel vor allem notwendige Änderungen für die Landwirte auf den Weg bringe. „In Ihren Anträgen steht kein Wort zur Zukunft der Landwirtschaft“, kritisierte sie die Opposition. Dabei sei den Landwirten längst klar, dass sie auf die Klimaveränderungen reagieren müssten. Hochwasser, Spätfröste und Dürren seien seit Jahren Begleiter der Landwirte. Künasts Parteikollegin Anne Monika Spallek verwies auf die Entlastungen. So werde durch die Rücknahme von GLÖZ 8 die Streichung des Agrardiesels „bereits komplett kompensiert“. Auch wenn die Betriebe die Flächen bereits stillgelegt hätten und auf den Brachen derzeit nicht produziert werde, erhielten die Betriebe „großzügige Ökoregeln von 1.300 Euro pro Hektar“, das seien für einen 4000-Hektarbetrieb 96.000 Euro pro Jahr.

Diese Rechnung brachte die CSU in Rage. Artur Auernhammer fragte, ob 4000-Hektar-Betriebe „die Zukunft der Grünen Landwirtschaft“ seien, weil die Grüne Partei doch eigentlich für bäuerliche Landwirtschaft stehe.

Matthias Miersch (SPD) nannte den Unionsantrag „haltlos“. Mit der Tarifglättung, dem Bürokratieabbau sowie dem Verbot unlauterer Handelspraktiken gehe die Ampel nun voran. Dazu sei die Union in den Großen Koalitionen nicht bereit gewesen.

Auch Gero Hocker (FDP) erinnerte daran, dass die Verantwortung der Landwirtschaftspolitik Jahrzehnte bei der Union gelegen habe. Es sei das Verdienst der FDP, dass das Glyphosatverbot nun aufgehoben worden sei und die Tarifglättung wieder eingeführt werde. Ina Latendorf (Die Linke) fehlt bei den Anträgen eine „tatsächliche“ Entlastung der Landwirte, indem ihre Stellung in der Wertschöpfungskette gestärkt werde. Nina Jeglinski

Schwächelndes Wachstum

WIRTSCHAFT Die Union fordert ein Sofortprogramm

Inflation, Rezession, eine schwächelnde Konjunktur, Arbeitskräftemangel, Unternehmen, die ins Ausland abwandern – die Unionsfraktion sorgt sich um die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Am Donnerstag hat der Bundestag erstmals einen Antrag von CDU und CSU (20/11950) mit dem Titel „Für Wachstum und mehr Wettbewerbsfähigkeit – Die deutsche Wirtschaft braucht jetzt ein Sofortprogramm“ beraten.

Darin fordert die Unionsfraktion die Bundesregierung unter anderem auf, noch vor der parlamentarischen Sommerpause Maßnahmen zu ergreifen. So solle das Bürgergeld abgeschafft und eine neue Grundversicherung eingeführt werden, um die Arbeitsaufnahme stärker zu fördern als Arbeitslosigkeit. Unternehmenssteuern sollen gesenkt werden. Die Antragsteller wollten

direkt über ihren Antrag abstimmen lassen – mit der Mehrheit der Stimmen von SPD, Grünen und FDP entschied der Bundestag jedoch gegen die Stimmen der Opposition, den Antrag zur weiteren Beratung in die Ausschüsse zu überweisen. Federführend ist der Wirtschaftsausschuss.

Auf der Tagesordnung stand außerdem der Bericht des Wirtschaftsausschusses gemäß Paragraph 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundestages (20/11825) zu dem Antrag der Unionsfraktion für einen „Pakt für Wachstum und Wohlstand“ (20/8413), der erstmals im September 2023 beraten und an den Wirtschaftsausschuss überwiesen worden war. Der Regelung zufolge kann eine Fraktion zehn Sitzungswochen nach Überweisung verlangen, dass der Ausschuss dem Bundestag einen Bericht über den Stand der Beratungen erstattet. mis

Mobilfunk auf dem Land

DIGITALES Union will bessere Mobilfunkversorgung

Die Unionsfraktion fordert die Bundesregierung auf, den Ausbau von Glasfaser und 5G-Infrastruktur als überragendes öffentliches Interesse zu definieren. Das geht aus einem Antrag der Abgeordneten (20/11953) hervor, den der Bundestag am Donnerstagabend erstmals debattiert hat und mit dem sich nun der Digitalausschuss eingehender befasst. Trotz Ankündigungen gelinge es der Bundesregierung nicht, zukunftsweisende Impulse im Bereich Mobilfunk zu setzen und bereits bestehende rechtliche Möglichkeiten umzusetzen, kritisiert die Fraktion.

Die Bundesregierung müsse eine Einigung beim geplanten Telekommunikations-Netzausbau-Beschleunigungsgesetz erzielen und den Bürgern im ländlichen Raum „eine Perspektive für eine bessere Mobil-

funkversorgung in weißen Flecken“ geben. Im Rahmen der anstehenden Mobilfunkfrequenzvergabe müssen die Bundesregierung zudem technische Parameter zur Präzisierung von Versorgungsaufgaben stärker auf Nutzeranforderungen und das tatsächliche Nutzererlebnis ausrichten. Außerdem fordert die Fraktion, den Beschleunigungspakt zwischen Bund und Ländern vom November 2023 im Bereich Mobilfunk umzusetzen.

Weiter fordern die Abgeordneten, den Vertrag mit der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) nicht auslaufen zu lassen, damit schon weiter fortgeschrittenen Projekte der MIG umgesetzt werden könnten. Darüber hinaus solle die Struktur und die Arbeitsweise der MIG evaluiert und angepasst werden. lbr

Schutz vor Schienenlärm

VERKEHR EU-Vorgabe zum Verbot lauter Güterwagen

Die Novelle des Schienenlärmschutzgesetzes bringt zwar keine Vorteile mit sich – aus Sicht der Koalition sind damit aber auch keine Nachteile in Sachen Lärmschutz verbunden. Der am Donnerstagabend gegen die Stimmen von Union und Linken sowie bei Enthaltung der AfD angenommene Regierungsentwurf (20/11314, 20/11995) setzt die europäische Vorgabe zur Reduzierung des Schienenlärms durch Güterwagen (TSI NOI) um. Das seit 2017 geltende Schienenlärmschutzgesetz verliert damit aufgrund des Anwendungsvorrangs von EU-Recht seine Geltung.

Während das bisherige Schienenlärmschutzgesetz ein Verbot lauter Güterwagen auf allen Strecken bestimmt, gilt dieses Verbot nach der TSI NOI ab dem Fahrplanwechsel am 14. Dezember 2024 nur noch

auf den in der Richtlinie definierten sogenannten leiseren Strecken, zu denen alle Hauptstreckeneisenbahnstrecken in Deutschland gehören.

Mit einer relevanten Zunahme des Schienenverkehrs lärmte es trotz des dann räumlich begrenzteren Geltungsbereichs des Betriebsverbots nicht zu rechnen, heißt es in dem Gesetzentwurf. Hierfür spräche insbesondere die hohe Umrüstungsquote bei Bestandsgüterwagen. Aufgrund des seitens des Bundes von 2012 bis 2020 geförderten Umrüstungsprozesses seien Güterwagen, die auf dem deutschen Schienennetz Verkehrsleistung erbringen, nach Angabe des Nationalen Fahrzeug- und Umrüsteregisters des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) seit 2020 zu 100 Prozent mit leisen Bremssohlen ausgestattet. hau

»Straße finanziert Straße«

VERKEHR II Union will mehr Geld für die Straße

Die Union wirft der Koalition vor, aus ideologischen Gründen den Verkehrsträger Straße zu vernachlässigen. In einem Antrag (20/11952) verlangen die Abgeordneten, den Bundesverkehrswegeplan 2030 zügig umzusetzen und die Straße als Hauptverkehrsträger zu stärken. Der Finanzierungskreislauf „Straße finanziert Straße“ müsse

fer. Die Langfristverkehrsprognose habe schließlich gezeigt: „Die Straße ist und bleibt der Verkehrsträger Nummer eins.“ Auf besagte Prognose bezog sich auch Dirk Spaniel (AfD). Der Güterverkehr auf der Straße werde danach um 50 Prozent bis 2050 ansteigen. Man dürfe also nicht die Straße – zu Gunsten der Schiene – verraten lassen. „Das ist doch hanebüchener Unsinn“, befand der AfD-Abgeordnete.

Jürgen Berghahn (SPD) stimmte der Forderung nach einer raschen Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans zu. Nicht vergessen dürfe man aber, „dass wir die Last von 16 Jahren CSU-geführter Verkehrspolitik schultern müssen“. Die Versäumnisse der Vergangenheit hole die Koalition jetzt auf. Dazu sei 2023 eine Priorisierung der Projekte vorgenommen worden. Die Umsetzung, so Berghahn, könne aber nur mit ausreichenden finanziellen Mitteln gelingen. „In der aktuellen Situation die Schuldenbremse rigoros anzuwenden, ist falsch“, befand er.

Auch Susanne Menge (Grüne) verwies auf marode Verkehrsnetze und einen „gigantischen Investitionsstau“, den man von den Vorgängerregierungen geerbt habe. Statt sich diesen Realitäten zu stellen, träume die Union aber von neuen Autobahnen, die sie „zu Lasten der Steuerzahler“ über Öffentlich-Private-Partnerschaften realisieren wolle. „Das ist Politik für Banken und Fondsgesellschaften, die sich über staatlich garantierte Renditen freuen“, sagte Menge. Bernd Reuther (FDP) sieht in dem Antrag der Union „ein Dokument des Scheiterns“. Es werde aufgezählt, was zu tun in der Vergangenheit versäumt wurde. Die aktuelle Bundesregierung, so Reuther, setze den Bundesverkehrswegeplan um. Dort fänden sich Straßen-, Schienen- und Wasserstraßenprojekte. Götz Hausding



Die Union fürchtet, dass die Koalition Straßenbauprojekte nicht umsetzen will.

wieder eingeführt werden – die Einnahmen aus der Lkw-Maut also vollständig und zweckgebunden in die Straßeninfrastruktur fließen, heißt es in der Vorlage. Bei der Debatte am Donnerstag sagte Felix Schreiner (CDU): „Diese Koalition möchte am liebsten gar keine Straßenbauprojekte mehr umsetzen.“ So werde die Verkehrsinfrastruktur an die Wand gefahren – die Schere zwischen Stadt und Land noch grö-

KURZ NOTIERT

12.000 Euro steuerfreier Zuverdienst für Rentner

Ein Antrag der AfD-Fraktion (20/11294) für steuerfreie Zuverdienstmöglichkeiten für Rentner in Höhe von 12.000 Euro wurde am Freitag in erster Lesung im Bundestag nach Redaktionsschluss debattiert. Vorgehen war ein Überweisungsvorschlag an den federführenden Finanzausschuss sowie weitere Ausschüsse. bal

Wassermanagement für die Spree abgelehnt

Keine Mehrheit hat am Donnerstag im Plenum ein Antrag (20/7585) der CDU/CSU-Fraktion gefunden, mit dem diese ein Wassermanagementkonzept für die Spree und ihre Nebenflüsse verlangt hatte. Nach dem Kohleausstieg in der Lausitz drohe laut einem Bericht des Umweltbundesamtes Wasserknappheit in der Region. Das zu erwartende Defizit müsse unter anderem durch zusätzliche Speicher ausgeglichen werden, so eine Forderung. sas

Wasserstoffhochlauf beschleunigen

Mit einem Wasserstoffbeschleunigungsgesetz (20/11899) will die Bundesregierung die rechtlichen Rahmenbedingungen für den schnellen Auf- und Ausbau von Wasserstoff-Kapazitäten schaffen. So sollen unter anderem die Wasserstoff-Infrastrukturvorhaben im „überragenden öffentlichen Interesse liegen“, damit ihnen bei Abwägungsentscheidungen besondere Bedeutung zukommt. Am Freitag nach Redaktionsschluss wollte sich der Bundestag in erster Lesung mit dem Gesetzentwurf befassen. mis